

Finanziellen Kollaps der Kommunen verhindern: Kommunal Finanzen stärken!

1. Ausgangslage

Die finanzielle Lage der Kommunen ist katastrophal. Laut KfW¹ hat sie sich 2024 noch einmal drastisch verschlechtert. Trotz der Verschuldung wächst der Investitionsrückstand: in 2024 ist er um 15,9 Prozent auf 215,7 Mrd. Euro gestiegen. Darüber hinaus haben die Kommunen in diesem Jahr in ihren Kernhaushalten ein Rekorddefizit in Höhe von 24,8 Mrd. EUR eingefahren. Rund 36 % der Kommunen bewerten die Finanzsituation 2024 als mangelhaft, Städte mit mehr als 50.000 Einwohnern sogar zu 56 %. Für 2025 gehen 84 % der Kommunen von einer eher oder sehr nachteiligen finanziellen Entwicklung aus. Und bis 2029 rechnen neun von zehn Kommunen mit einer sich eher oder stark eintrübenden Situation.

Die kommunalen Altschulden betragen laut BMF² inzwischen rund 31 Mrd. Euro. Das Thema hat deshalb 2025 für die Kommunen nochmal an Bedeutung gewonnen. Mit 70 Prozent (2024: 50 Prozent) Nennung lässt es andere Themen wie Wohnen, Unterbringung Geflüchteter oder Klimaschutz hinter sich.

2. Auswirkungen auf die Kommunen am Beispiel NRW

- **Eingeschränkte Handlungsfreiheit:** Viele Kommunen in NRW sind hoch verschuldet und müssen große Teile ihres Haushalts für Zins- und Tilgungszahlungen verwenden. Dadurch bleibt wenig Geld für freiwillige Leistungen wie Kultur, Sportförderung, Jugendarbeit oder Klimaschutzprojekte.
- **Abbau öffentlicher Infrastruktur / Daseinsvorsorge:** Schwimmbäder, Bibliotheken, soziale Einrichtungen oder ÖPNV werden aus Kostengründen geschlossen oder mindestens ausgedünnt.
- **Ungleichheit zwischen Kommunen:** Wohlhabende Städte (z. B. Düsseldorf, Münster) können investieren und Angebote ausbauen, während strukturschwache Städte im Ruhrgebiet oder ländliche Regionen immer weiter sparen müssen.
- **Strukturelles Finanzierungsdefizit:** Kommunen müssen zu viele Pflichtaufgaben (z. B. Sozialleistungen, Unterkunftskosten für Geflüchtete) erfüllen, deren Finanzierung von Bund und Land nicht vollständig übernommen wird. Das zwingt viele Städte in die Schuldenfalle.
- **Kommunaler Altschuldenfonds:** Vor allem im Ruhrgebiet gibt es riesige Kassenkreditlasten, die eigentlich nur für kurzfristige Liquidität gedacht waren,

¹ <https://www.kfw.de/PDF/Download-Center/Konzernthemen/Research/PDF-Dokumente-KfW-Kommunalpanel/KfW-Kommunalpanel-2025.pdf>

² <https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Pressemitteilungen/Finanzpolitik/2025/01/2025-01-24-kommunale-altschuldenproblematik.html>

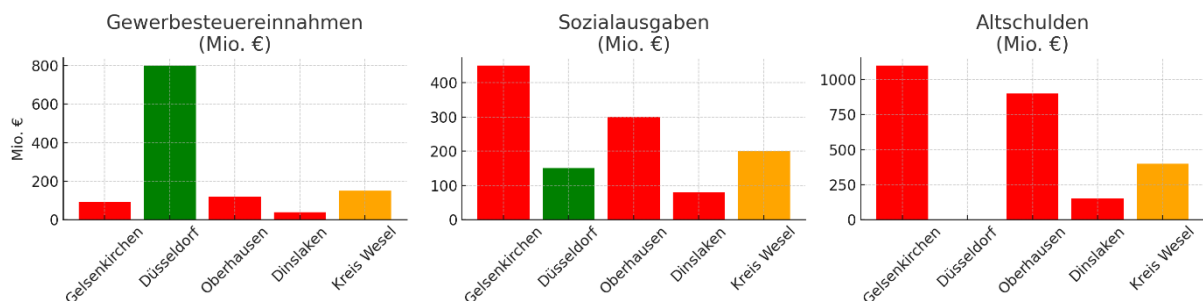
aber seit Jahrzehnten angehäuft wurden. Ohne Entschuldungsprogramme bleiben Kommunen handlungsunfähig.

- **Ungerechter Finanzausgleich:** Das kommunale Finanzausgleichssystem ist unzureichend, weil es strukturelle Unterschiede zwischen armen und reichen Kommunen nicht wirklich ausgleicht.
- **Privatisierungsdruck:** Finanznot führt oft dazu, dass kommunales Eigentum (Wohnungen, Stadtwerke, Grundstücke) verkauft wird, was langfristig zu höheren Kosten und weniger Gestaltungsspielraum führt.
- **Abhängigkeit von Förderprogrammen:** Statt einer stabilen Grundfinanzierung sind viele Investitionen nur über befristete Bundes- oder Landesprogramme möglich – oft mit hohen bürokratischen Hürden und Eigenanteilen.

3. Herausforderungen

Die finanzielle Lage der Kommunen in Deutschland ist extrem unterschiedlich, sowohl innerhalb eines Bundeslandes als auch im Vergleich der Länder untereinander. Ursache sind strukturelle Unterschiede in Steuerkraft, Soziallasten, Schuldenlast und den jeweiligen Finanzausgleichssystemen.

Vergleich ausgewählter NRW-Kommunen



Vergleich zwischen Nordrhein-Westfalen und Mecklenburg-Vorpommern

Merkmal	NRW	MV
Pro-Kopf-Verschuldung	ca. 2 636 € (Kernhaushalte)	ca. 3 969 € (inklusive Extrahaushalte)
Finanzierungssaldo 2022	-260 Mio. € (negativ)	+131 Mio. € (positiv)
Haushaltslage Kommunen	Sehr angespannt, nur wenige ausgeglichene Haushalte	Relativ stabil, aber abhängig von Einmaleffekten
Altschuldenregelung	50 %-Übernahme durch Land bei hohem Kassenkredit	Kein vergleichbares Programm bekannt
Finanzausgleich / Ausstattung	Kritisiert als unzureichend ausgleichend	Modern, mit gezielter Förderung strukturschwacher Kommunen

Merkmal	NRW	MV
Entwicklung der Finanzausstattung	Kein systematischer Anstieg	Anstieg von ca. 2 % p.a. (2014–2020) durch Förderfonds

Um die Kommunal Finanzen flächendeckend auf eine solide solidarische Basis zu stellen, sind zusätzlich zu den Bundesmaßnahmen also auch innerhalb der Länder und den jeweiligen Finanzausgleichssystemen Reformen notwendig, die die unterschiedlichen regionalen Problemlagen anerkennt und entsprechend würdigt.

4. Linke Forderungen

- **Übernahme der kommunalen Altschulden durch Bund und Länder:** Der Bund soll sich dabei mindestens zur Hälfte an der Entschuldung beteiligen, weil er durch die Sozialgesetzgebung (Hartz IV/Bürgergeld, Grundsicherung, KdU) auch einen großen Teil der Kostenlast verursacht.
- **Strikte Einhaltung der Konnexität und vollständige Finanzierung der Pflichtaufgaben:** „Wer bestellt, bezahlt!“ – wenn den Kommunen von Bund und Ländern Aufgaben übertragen werden, muss deren Erfüllung auch vollständig erstattet werden.
- **Es bedarf einer grundsätzlichen Gemeindefinanzreform,** um den Kommunen eine dauerhafte und auskömmliche Finanzausstattung zu sichern. Dazu gehört eine 100-prozentige Anrechnung der kommunalen Finanzkraft im Länderfinanzausgleich, eine faire Verteilung der Gemeinschaftssteuern, größere Anteile an Einkommen- oder Umsatzsteuer und Wiedereinführung der Vermögensteuer (Einnahmen fließen den Ländern zu).
- **Stärkung des kommunalen Finanzausgleichs zugunsten finanzschwacher Städte:** Damit strukturschwache Regionen stärker profitieren, muss der kommunale Finanzausgleich reformiert werden, so dass künftig die reale Steuerkraft und nicht nur die Einwohnerzahl berücksichtigt werden. Städte mit überdurchschnittlichen Sozialausgaben sollen mehr Zuweisungen erhalten.
- **Investitionsprogramme für soziale Infrastruktur, Kultur, Bildung und Klimaschutz:** Die Mittelvergabe muss ohne den Zwang zur Gegenfinanzierung durch Kürzungen erfolgen. Fördermittel müssen für finanzschwache Kommunen ohne Eigenanteil abrufbar sein, damit sie die Förderkriterien auch erfüllen können.
- **Rekommunalisierung und Schutz öffentlichen Eigentums:** Schluss mit Privatisierungen von Stadtwerken, Wohnungsbeständen, Wasser- und Energieversorgung. Öffentliche Daseinsvorsorge muss flächendeckend wieder in kommunale Hand, um Gewinne für die Kommune und nicht für private Investoren zu sichern.